

/// Ausgang offen

DEUTSCHE INITIATIVE ZUR LÖSUNG DES LIBYEN-KONFLIKTS

MARTIN PABST /// Mit der Berliner Libyen-Konferenz am 19. Januar 2020 erhielt die deutsche Diplomatie internationale Anerkennung. Hochrangige Vertreter von VN, EU, Afrikanischer Union und der Liga Arabischer Staaten sowie von zwölf in den Konflikt involvierten Ländern bekräftigten, das VN-Waffenembargo zu achten, die vereinbarte Waffenruhe zu unterstützen und den politischen Prozess voranzubringen. Doch ist die Vereinbarung allenfalls der Beginn eines langen Friedensprozesses.

Rückblick

Eigentlich sollten bereits im April 2019 wichtige Weichen gestellt werden. Mit Hilfe des VN-Sondergesandten Ghassan Salamé war zur Monatsmitte eine Großversammlung mit 150 Delegierten aus allen politischen Lagern in Ghadames angesetzt. Angestrebt wurde eine Vereinbarung zwischen Premierminister Fayiz as-Sarradsch der international anerkannten „Regierung der Nationalen Einheit“ und der Gegenregierung im Osten mit ihrem starken Mann, „Feldmarschall“ Chalifa Haftar, über eine übergangswei-

se Machtteilung. Es sollte auch ein Fahrplan für Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sowie die Annahme einer Verfassung beschlossen werden. Doch der unberechenbare Haftar durchkreuzte wieder einmal die Bemühungen. Mit seiner „Libyschen Nationalen Armee“ (LNA), einer Koalition aus Milizen, Stämmen und ehemaligen Gaddafi-Kämpfern, begann er am 4. April 2019 eine Großoffensive auf die Hauptstadt. Zuvor hatte er im Februar und März weite Teile der südlichen Provinz Fezzan inklusive der Ölfelder Sharara und Feel erobert.



Wird es gelingen, in der Libyen-Krise eine dauerhafte Lösung zu finden oder wird sie weiter eskalieren?

„Feldmarschall“ **HAFTAR** rückte im April 2019 auf Tripolis vor.

In jenem April hatte Deutschland den Vorsitz im VN-Sicherheitsrat. Zusammen mit Großbritannien bemühte es sich erfolglos um eine Resolution, die den Abschluss eines Waffenstillstands forderte. Die Bemühungen scheiterten. Moskau wollte keinerlei kritische Bemerkungen zum Vorgehen Haftars zulassen, und Washington beanspruchte mehr Zeit, um die Lage besser studieren zu können. US-Präsident Trump erkannte in einem Telefonat „Feldmarschall Haftars bedeutende Rolle beim Kampf gegen den Terrorismus“ an und diskutierte mit ihm „eine gemeinsame Vision“, wie man Libyen zu einem stabilen, demokratischen Staat voranbringen könne. Der ehemalige Gaddafi-General Haftar hatte sich 1990 nach einer militärischen Niederlage im Tschad zusammen mit Hunderten Soldaten in die USA abgesetzt und arbeitete dort mit dem CIA zusammen. 2011 kehrte er nach Libyen zurück.¹

Besonders engagierte Unterstützer Haftars sind Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Von dort erhält er in großem Umfang Waffen inklusive Kampfflugzeuge und Kampfdrohnen. Russland setzt ebenfalls zunehmend auf Haftar. 2017 wurde dieser mehrfach in Moskau von Außenminister Sergej Lawrow und Verteidigungsminister Sergej Schoigu empfangen. Nicht nur bis zu 1.400 russische Militärdienstleister der Gruppe „Wagner“, son-

dern auch reguläre russische Soldaten sollen an der Seite Haftars kämpfen.² Auch Frankreich weicht von der EU-Linie ab. Außenminister Jean-Yves Le Drian hat bereits als Verteidigungsminister (2012-2017) eng im Anti-Terror-Kampf in der Sahelregion mit Haftar zusammengearbeitet und demonstriert auch heute klare Sympathien für den „starken Mann“, die er auf Staatspräsident Emmanuel Macron übertragen hat.

Am 12. September 2019 kam im Sicherheitsrat lediglich eine Resolution zustande, die das Mandat der politischen United Nations Support Mission in Libya (UNSMIL) bis zum 15. September 2020 verlängerte, um Vermittlung bei einem inklusiven politischen Prozess zu leisten, die Umsetzung des „Libyschen Politischen Abkommens“ zu unterstützen, die Konsolidierung der Regierung der Nationalen Einheit zu fördern sowie einen Waffenstillstand und einen mehrstufigen Übergangsprozess herbeizuführen. Nochmals wurde die Verpflichtung aller Mitgliedsstaaten, das 2011 verhängte Waffenembargo zu verfolgen, betont. Es wurden aber weiterhin keine Schuldigen angeprangert oder gar Sanktionen verhängt.

Der VN-Sondergesandte Salamé hatte schon im April 2019 an Deutschland appelliert, eine Führungsrolle bei den Lösungsbemühungen zu übernehmen. Denn Deutschland gehört dem Si-

DEUTSCHLAND will bei den Lösungsbemühungen im Libyen-Konflikt eine Führungsrolle einnehmen.

cherheitsrat 2019/20 als nichtständiges Mitglied an, wurde von nicht weniger als 184 Staaten gewählt und hat den Vorsitz im Sanktionskomitee. Es ist nicht in den Libyen-Konflikt involviert, hat 2011 an der NATO-geführten Militärintervention nicht teilgenommen, war in Nordafrika keine Kolonialmacht und unterhält passable bis gute Beziehungen zu allen am Konflikt beteiligten Mächten.

Im September 2019 wurde ein Konsultationsprozess angestoßen. Die Federführung liegt bei Bundeskanzlerin Angela Merkel, die von ihrem Außenminister Heiko Maas unterstützt wird. Im Unterschied zu früheren Bemühungen sollten zunächst nicht die Konfliktparteien erneut ergebnislos aufeinandertreffen, sondern alle in den Bürgerkrieg involvierten externen Staaten zur Unterstützung des politischen Prozesses gebracht werden. Dies gelang auch. Nach Berlin kamen u. a. US-Außenminister Mike Pompeo, der russische Staatspräsident Vladimir Putin, seine Kollegen Emmanuel Macron (Frankreich), Abdel Fattah al-Sisi (Ägypten) und Recep Tayyip Erdogan (Türkei) wie auch der Außenminister der VAE, Scheich Abdullah bin Said Al Nahjan. In Hinterzimmern sprachen Merkel und Maas auch mit al-Sarradsch und Haftar, die zumindest mündlich ihre Unterstützung für den „Berliner Prozess“ signalisierten. Sie sind derart verfeindet, dass sie sich weigern, direkt miteinander zu sprechen, ja sogar im gleichen Raum zu sitzen.

Kurz vor Konferenzbeginn hatte eine Eskalation der Lage die Dringlichkeit noch einmal unterstrichen. Haftar stand Ende 2019 davor, mit von den VAE besorgten modernen Kampfdrohnen die Überhand in Tripolis zu gewinnen. Im

Gegenzug schloss die türkische Regierung am 27. November mit Premierminister al-Sarradsch ein Militärabkommen, lieferte Waffen und entsandte türkische Soldaten für „Koordinierungsaufgaben“. Darüber hinaus wurden an die 2.000 mit der Türkei verbündete arabische Kämpfer aus Syrien in Marsch gesetzt. Die Türkei verfolgt auch wirtschaftliche Interessen, nicht nur in Libyen selbst. In einem zweiten Abkommen erkannte die libysche Einheitsregierung eine bis südlich von Kreta reichende Ausdehnung des türkischen Festlandsockels an. Damit will sich Ankara die Rechte für die Erschließung und Ausbeutung der im ganzen östlichen Mittelmeer vermuteten Gasvorkommen sichern. Andere Anrainerstaaten wie Ägypten, Griechenland und Zypern erkannten diese Auslegung nicht an und protestierten scharf.

**September 2019 initiierten
der VN-Sonderbeauftragte und
Deutschland einen **KONSULTATIONS-
PROZESS.****

Schlussfolgerungen der Berliner Konferenz waren die Unterstützung der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, die Verpflichtung zur Einhaltung des 2011 vom Sicherheitsrat verhängten Waffenembargos, die Aufforderung an die Konfliktparteien zum Abschluss eines tragfähigen Waffenstillstands und Teilnahme am politischen Prozess sowie die Forderung der Demo-

bilisierung und Entwaffnung von Milizen. Ein nächster Schritt wird die Einberufung des „5+5-Komitees“ aus militärischen Führern beider Konfliktparteien sein, um über einen Waffenstillstand zu verhandeln.³

Hintergründe der Libyen-Krise

Was sind nun eigentlich die Hintergründe der Misere? Libyen ist erst seit 1951 ein unabhängiger Staat. Auf eine schwache und zunehmend korrupte Monarchie folgte 1969 die Machtübernahme von Oberst Muammar al-Gaddafi. Der in der Theorie basisdemokratisch von unten nach oben strukturierte „Volksmassenstaat“ war de facto eine von Polizeikräften, Geheimdiensten und Revolutionskomitees durchgesetzte Diktatur. Gegensätze zwischen dem westlichen Tripolitanien, der östlichen Cyrenaika und dem südlichen Fessan, zwischen Arabern und Berbern, zwischen Stämmen und Städten wurden von Gaddafi zum Machterhalt instrumentalisiert. Staatliche Institutionen schwächte er gezielt durch den Aufbau konkurrierender Machtzentren.⁴

Als im Zuge des „Arabischen Umbruchs“ Mitte Februar 2011 auch in Libyen Proteste einsetzten, führten Gewalt seitens des Regimes und Gegengewalt der Protestierenden schnell zum bewaffneten Konflikt. Bereits im Osmanischen Reich, in der brutalen italienischen Kolonialherrschaft und im Gaddafi-Regime waren es die Libyer gewohnt, lokale Überlebensnetzwerke zu knüpfen. Darauf griffen sie 2011 zurück. Koordiniert wurde der Aufstand offiziell vom „Nationalen Übergangsrat“, der sich vor allem aus zurückgekehrten Exilpolitikern, übergelaufenen Gaddafi-Funktionären und Technokraten zusammensetzte. Es gelang ihm, Unter-

stützung für den Aufstand aus dem Ausland zu mobilisieren. Doch er vertrat nur bedingt die kämpfenden Milizen, die ihm misstrauten und sich seiner Führung auch tendenziell entzogen.

Die französische Regierung hatte zunächst auf das falsche Pferd gesetzt und in Tunesien das wankende autokratische Regime von Zine el-Abidine Ben Ali zu stützen versucht. Nun erkannte Staatspräsident Nicolas Sarkozy die Chance, in Libyen durch Unterstützung des Aufstands eine progressive Politik zu demonstrieren. Gaddafi war ein unbequemer Partner, der international kaum Freunde hatte. Eine militärisch durchgesetzte Flugverbotszone sollte Zivilisten vor Regimegewalt schützen und zugleich den Rebellen den raschen Sieg erleichtern. Libyen war ein gering bevölkertes, relativ weit entwickeltes Land, und dank seines großen Ölreichtums schien eine schnelle Stabilisierung nach dem Machtwechsel wahrscheinlich. Natürlich war Libyen auch ein strategisch wichtiges Land. Es verfügt über die größten nachgewiesenen Ölreserven in Afrika (2,8 % Weltanteil).⁵ Das schwefelarme libysche Öl ist von hoher Qualität und kann auf kurzem Weg nach Europa transportiert werden. Zudem ist Libyen ein klassisches Transitland für irreguläre Migranten aus Subsahara-Afrika in die EU.

Italien zögerte zunächst, war über das französische Vorpreschen verstimmt. Premierminister Silvio Berlusconi hatte eine „Männerfreundschaft“ mit Gaddafi zelebriert und im August 2008 einen „Freundschaftsvertrag“ mit Libyen geschlossen, der gegen italienische Zahlungen und Investitionen in Milliardenhöhe einen Stopp der irregulären Migration vereinbarte und italienische Ölinteressen bediente. Zu Recht rief im Februar 2011 Außenminister Franco Frattini

zur Nichteinmischung auf. Er warnte, dass Europa „Demokratie nicht exportieren“ könne.⁶ Doch Berlusconi unterstützte in vermeintlicher Siegesgewissheit und wohl auch, um dem Nachbarn das Feld nicht zu überlassen, die französische Interventionspolitik. Böse Zungen meinten auch, dass man mittels eines Militäreinsatzes die Spuren der schmutzigen Kameraderie mit Gaddafi am effizientesten verwischen konnte. Dies galt auch für Frankreich. 2018 verdichteten sich die Indizien, dass der Wahlkampf von Sarkozy im Jahr 2007 möglicherweise mit libyschem Geld finanziert worden war.⁷ Die Anschuldigung führte zu staatsanwaltlichen Ermittlungen, konnte aber bis heute nicht stichhaltig geklärt werden. Der langjäh-

Frankreich und Italien **UNTERSTÜTZEN** die Aufstände im Frühjahr 2011 gegen das Gaddafi-Regime.

rige libysche Machthaber Muammar al-Gaddafi konnte nicht mehr vernommen werden. Nach einem US-Drohnenangriff und der Attacke eines französischen Kampfjets wurde er von einer Miliz gefangen genommen und am 20. Oktober 2011 zu Tode gelyncht.

Dritter im Bunde war 2011 Großbritannien. Premierminister David Cameron überredete den zögerlichen US-Präsidenten Barack Obama, eine militärische Intervention zu unterstützen. Denn mit dem Kampf gegen Gaddafi konnte Cameron von seinem unbeliebten Spar-

kurs ablenken. Gaddafi war wegen des Lockerbie-Flugzeugattentats von 1988 und seiner einstigen Unterstützung der IRA für viele Briten eine Hassfigur. Zwei Drittel der Bevölkerung sympathisierten mit den libyschen Rebellen.

Auch in der arabischen Welt war der unberechenbare und machthungrige Gaddafi unbeliebt. Katar hatte gerade turnusgemäß den Vorsitz in der Liga Arabischer Staaten (LAS) und nutzte diese Position, um in Libyen und in Syrien die Weichen zu stellen. Auch die VAE suchten damals wie heute die Transformation Libyens zu beeinflussen, wenngleich sie nicht auf die Muslimbrüder, sondern auf den Pakt mit Militärs setzten. Rückendeckung für einen Machtwechsel kam auch von Saudi-Arabien, einem geschworenen Feind Gaddafis. Das Ersuchen der LAS um den Schutz von Zivilisten in Verbindung mit den Bemühungen von Frankreich, Großbritannien und den USA ermöglichte am 26. Februar 2011 einen ersten Sicherheitsratsbeschluss über Reise- und Finanzsanktionen gegen Gaddafi und führende Mitglieder seiner Regierung sowie über ein Waffenembargo. Schließlich wurde am 17. März 2011 die Ratsresolution 1973 beschlossen, die nach Kapitel VII der VN-Charta die Einrichtung einer Flugverbotszone und den Einsatz militärischer Gewalt zum Schutz der Zivilbevölkerung vorsah.⁸ Deutschland enthielt sich bekanntlich zusammen mit China, Russland, Brasilien und Indien der Stimme. In der EU waren die Meinungen gespalten. Neben Deutschland nahmen weitere zwölf EU-Staaten nicht an dem NATO-geführten Militäreinsatz teil.

Zweifelsohne hat das Gaddafi-Regime in den ersten Wochen der Proteste brutale Verbrechen gegen Demonstranten verübt. Berichte über einen bevorste-

henden Genozid an Zivilisten in Bengasi waren freilich übertrieben. Dass zahlreiche Rebellenmilizen bald ebenso massive Kriegsverbrechen und Racheaktionen verübten, wurde kaum beachtet. Problematisch war, dass die Friedensbemühungen der Afrikanischen Union (AU) zwar von der Resolution 1973 unterstützt, aber faktisch konterkariert wurden. So hinderte die internationale Mission die AU-Vermittler mit Bezug auf fehlende Luftsicherheit wochenlang an der Einreise. Mehrere Angebote Gaddafis, einem Waffenstillstand zuzustimmen, blieben unbeantwortet, gemäß Aussage der AU-Vermittler hatte er sogar seinen Rücktritt angeboten.⁹ Gerade die EU hat immer wieder die Bedeutung afrikanischer Konfliktvermittlung und Konfliktlösung hervorgehoben, und sie unterstützt den Aufbau entsprechender Kapazitäten. Auch hätten afrikanische Vermittler als einzige einen gewissen Einfluss auf Gaddafi gehabt.

Es ging der NATO-geführten Koalition um einen schnellen Regimewechsel. Dies zeigt die Tatsache, dass Frankreich bereits am 10. März 2011 den Nationalen Übergangsrat als rechtmäßige Regierung anerkannte, gefolgt von weiteren Ländern. Auch erhielten die Rebellen, z. B. von Frankreich, in Verletzung des VN-Embargos Waffen geliefert, und Frankreich, Großbritannien, Katar und Italien entsandten Spezialkräfte zur Unterstützung. China und

Russland monierten zu Recht die Überdehnung eines humanitären Mandats zum Regimewechsel, was auch Folgen in Syrien haben sollte. Ermächtigungen für dortige humanitäre Schutz- oder Flugverbotszonen waren im Sicherheitsrat nun nicht mehr zu bekommen.

Bis heute bleibt unverständlich, warum die NATO-geführte militärische Intervention nicht von einer robusten Stabilisierungstruppe abgelöst wurde. Zu Recht warnten Experten im April in der Zeitschrift *Foreign Policy*: „Wir wissen nicht, wann Gaddafi endlich stürzen oder einen Waffenstillstand akzeptieren wird, der den Weg für seinen Abgang ebnen könnte. Aber wir können zuversichtlich sein, dass der Oberst Libyen, unabhängig von seinem Schicksal, in einem entsetzlichen Chaos zurücklassen wird.“¹⁰ Im August 2011 regte die NATO die Entsendung einer VN-Stabilisierungsmission an, da sie selbst keine eigenen Truppen stationieren wollte.¹¹ Außerdem hatte die EU schon im April 2011 unter dem Vorbehalt einer Anfrage durch das UN Office for the Co-ordination of Humanitarian Affairs (OCHA) eine militärische Unterstützungsmission für humanitäre Helfer unter dem Namen EUFOR Libya grundsätzlich beschlossen.¹² Sie wurde aber nicht abgerufen.

Im September 2011 wurde lediglich die politische Mission UNSMIL beschlossen.¹³ Rund 200 zivile Mitarbeiter unterstützten Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, Sicherheitssektorreform und die Koordination internationaler Hilfen. Die offizielle Begründung lautete, dass die libysche Seite eine bewaffnete Mission abgelehnt und glaubhaft versichert habe, die Lage selbst stabilisieren zu können. In der Tat: Viele Libyer sind stolz und stehen internationaler Einmischung ablehnend gegen-

Die Friedensbemühungen der AU wurden KONTERKARIERT.

Eine Stabilisierungsmission der VN kam 2011 **NICHT** zustande.

über. Doch war der Optimismus unangebracht. Eine Stabilisierungsmission hätte allein aufgrund des sogar auf die Nachbarstaaten ausstrahlenden Sicherheitsvakuums von den VN oktroyiert werden können. So löste der fatale Abfluss von Kämpfern und Waffen in den Sahelraum 2012 einen Bürgerkrieg in Nordmali aus.

Entscheidend für das Nichtzustandekommen war sicherlich die mangelnde Bereitschaft der wichtigsten Interventionsmächte zu fortdauerndem Engagement. Die Politiker hatten ihren Wählern versprochen, dass die militärische Kampagne nur kurz dauern und nur geringe Kräfte und Mittel in Anspruch nehmen würde. Die schnelle Wahl eines „Nationalkongresses“ im Juli 2012 bedeutete nicht, dass das Land schon demokratisch gefestigt war. Der Bürgerkrieg hatte die schwachen Institutionen noch weiter erodiert. Nicht der Nationalkongress und seine schwachen Premierminister hatten die faktische Macht, sondern Hunderte lokaler Milizen, die in Netzwerken miteinander verbunden waren. Sie übernahmen auch die Versorgung der unzähligen arbeitslosen jungen Männer, wofür die Regierung reichliche Mittel bereitstellte. Viele der heute aktiven Milizen haben 2011 gar nicht gegen Gaddafi gekämpft, sondern wurden erst danach gegründet. Manche sind säkular, andere islamistisch ausgerichtet, wieder andere überhaupt nicht politisch festge-

legt. Manche Gruppierungen finanzieren sich durch Wegezölle, Steuererhebung oder auch den Schmuggel von Waffen und Menschen.

Rechtsprechung, Sicherheit und Versorgung wurden 2011 „privatisiert“. Einrichtungen des Staates wurden von lokalen Gruppierungen übernommen und nicht selten geplündert. Auch brachen tribale und regionale Gegensätze wieder auf. Besonders problematisch war die nicht selten brutale Verfolgung von echten oder vermeintlichen Gaddafi-Anhängern. Im Mai 2013 erreichten die Milizen die Verabschiedung eines „Politischen Isolierungsgesetzes“ durch den Nationalkongress. Alle ehemaligen Funktionäre, Beamte und Offiziere des Gaddafi-Regimes wurden vom politischen Prozess ausgeschlossen, viele von ihnen entlassen. Das Gesetz trug auch dazu bei, die Effizienz der Institutionen weiter zu schwächen. Nur die Zentralbank und die Nationale Ölgesellschaft sind bis heute einigermaßen intakt geblieben. Geschickt sammelte Haftar die Verlierer der Revolution um sich: entlassene Gaddafi-Offiziere und Beamte, diskriminierte Städte und Stämme. Auch setzte er auf die Unzufriedenheit der östlichen Cyrenaika, die sich einmal mehr gegenüber Tripolitanien benachteiligt fühlte.

2015 war eine Zäsur. In diesem Jahr nutzte der „Islamische Staat“ (IS) die verworrene Lage, um sich insbesondere in Sirte (der von Racheaktionen gebeutelten Heimatstadt von Gaddafi) festzusetzen. Außerdem war 2015 das Jahr der „Flüchtlingswelle“, die auch Libyen und die zentrale Mittelmeerpassage zunehmend in den Fokus rückte. Nun betrachteten die USA und die EU Libyen vorwiegend mit der Brille des Anti-Terror-Kampfes und der Migrationsabwehr.

Nachdem sich 2014 ein westliches und ein östliches Lager über die Wahl des neuen Parlaments- und Präsidenschaftsrats zerstritten hatten, brachten die USA und die EU im Dezember 2015 die Bildung einer Nationalen Einheitsregierung unter dem Technokraten as-Sarradsch in Tripoli zuwege. Von ihr konnten sie die Erlaubnis für Anti-Terror-Operationen in Libyen erhalten, und sie war Ansprechpartner für Abkommen zur Abwehr irregulärer Migration. Doch Tobruk ratifizierte das Abkommen schließlich nicht und erkannte die Einheitsregierung von al-Sarradsch nicht an.

Die politische Konsolidierung Libyens stellten die USA und die EU zunächst zurück. Mit Luftbombardements unterstützten die USA mit der Einheitsregierung verbundene Milizen aus Misrata beim Kampf gegen den IS. Italien schloss mit al-Sarradsch ein neues Abkommen zur Bekämpfung irregulärer Migration. So wurde eine (wegen ihrer Methoden umstrittene) Küstenwache aufgerüstet. Im Osten unterstützte Frankreich Chalfa Haftar mit Waffen und Spezialeinheiten bei der Bekämpfung radikalislamistischer Gruppen in Bengasi.

Während die Einheitsregierung mit dem Kampf gegen den IS beschäftigt war, nutzte Haftar die Gelegenheit, seinen Machtbereich mit Unterstützung Ägyptens und der VAE Zug um Zug

auszuweiten. Dabei inszenierte er sich als „Kämpfer gegen Islamismus und Terrorismus“. In der Tat verfügt die Muslimbruderschaft in Tripolis über einen gewissen, aber begrenzten Einfluss. Ägypten und den VAE ist dies ein Dorn im Auge, während Katar und die Türkei – beide Unterstützer der Einheitsregierung – gerade auf die Muslimbrüder als Partner setzen. Doch kämpfen in der „Nationalarmee“ Haftars auch diverse salafistische Milizen.

Wie geht es weiter?

Der Erfolg des Berliner Prozesses ist offen, da die Konfliktparteien unberechenbar sind. So stimmten Haftar und al-Sarradsch in Berlin dem politischen Prozess nur mündlich zu, und Haftar setzte danach seine Angriffe auf Tripolis fort. Darüber hinaus gibt es lokale Potentaten bzw. Milizenführer, für die die beiden Führer nicht einfach entscheiden können. Natürlich werden die Konfliktparteien nicht dauerhaft weiterkämpfen können, wenn ihnen externe militärische Unterstützung entzogen wird. Dies war das Ziel der Berliner Konferenz. Doch prangern die VN ein Fortdauern externer Waffenlieferungen auch danach an. Flugbewegungen sprechen dafür, dass vor allem die VAE Haftar, der bereits über 75 % des Territoriums kontrolliert, weiterhin mit Waffen versorgen. Im Gegenzug dürften die Türkei und Katar ihre Anstrengungen zur Stützung der Einheitsregierung verstärken.

Die Bundesregierung strebte nun eine Sicherheitsratsresolution an, die Verletzern des Waffenembargos Sanktionen androht. Vor der Verhängung von Strafmaßnahmen soll die öffentliche Benennung der Schuldigen stehen. Wichtig wäre die effektive Überwachung und Durchsetzung des Waffen-

Ab 2015 bestimmte der Kampf gegen den IS die LIBYEN-POLITIK von USA und EU.

embargos. Der Sicherheitsrat unterstützte am 12. Februar mit Resolution 2510 die Konferenzvereinbarungen und drohte Verletzern des Waffenembargos Sanktionen an. Am 17. Februar einigten sich die EU-Außenminister auf eine neue Marinemission im östlichen Mittelmeer zur See- und Luftraumüberwachung, um das Waffenembargo zu unterstützen. Doch hat Libyen auch lange Wüstengrenzen zu Land, so mit Algerien und Tunesien im Westen und Ägypten im Osten. Dort wären aufwändige Mechanismen erforderlich.

**Eine effiziente DURCHSETZUNG
des Waffenembargos wäre
wünschenswert.**

Sollte das in Berlin bekräftigte Waffenembargo dauerhaft unterlaufen werden, wäre Haftar in der Tat im Vorteil. Er hat eine Landgrenze mit Ägypten. Hingegen wird al-Sarradsch von Katar und der Türkei unterstützt, die den Luft- und Seeweg nutzen müssen. Doch gibt es noch den Faktor Algerien. Es hat bisher keine Militärhilfe geleistet. Staatspräsident Abdelmajid Tebboune deutete freilich Anfang Januar 2020 ein mögliches Eingreifen an, wenn Haftar zur Eroberung von Tripolis schreiten würde.

Sollte in der Tat ein Friedensprozess anlaufen, wird sich auch wieder die Frage einer internationalen Stabilisierungsmission stellen. Von Deutschland wird man in besonderem Maß erwarten, sich zu beteiligen. ///



/// DR. MARTIN PABST

ist Politikwissenschaftler und Leiter des Büros Forschung & Politikberatung, München.

Anmerkungen

- ¹ Zit. nach Trump and Haftar discuss measures to counter terror, in: Arab News, 20.4.2019 (Übersetzung Vf.).
- ² Hermann, Rainer: Machtkampf im Mittelmeer, in: FAZ, 14.12.2019.
- ³ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Berliner Libyen-Konferenz. Schlussfolgerungen der Konferenz, Pressemitteilung 31/20, 19.1.2020.
- ⁴ Zu den Strukturen der Gaddafi-Ära und den Entwicklungen seit 2011 siehe Mundy, Jacob: Libya, Cambridge 2018.
- ⁵ BP Statistical Review of World Energy 2019, 68. Auflage, London 2019, S. 14.
- ⁶ Berlusconi begräbt Männerfreundschaft zu Gaddafi, in: Welt, 25.2.2011, <https://www.welt.de/politik/ausland/article12645772/Berlusconi-begraebt-Maennerfreundschaft-zu-Gaddafi.html>, Stand: 2.2.2020.
- ⁷ Joeres, Annika: Half Gaddafi ihm ins Präsidentenamt?, in: Die Zeit, 20.3.2018, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/nicolas-sarkozy-muammar-al-gaddafi-wahlkampffinanzierung>, Stand: 2.2.2020.
- ⁸ VN-Dok. S/RES/1970 (2011), 26.2.2011 bzw. S/RES/1973 (2011), 17.3.2011.
- ⁹ Mundy: Libya, S. 72 f., 78 f.
- ¹⁰ Jones, Bruce D. / Gowan, Richard / Sherman, Jake: Can the UN clean up Libya?, in: Foreign Policy, 31/7/2011, <https://foreignpolicy.com/2011/04/11/can-the-un-clean-up-libya>, Stand: 20.2.2020.
- ¹¹ Patrick, Stewart M.: Should the UN Send Peacekeepers to Libya?, in: The Atlantic, 26.8.2011, <https://www.theatlantic.com/international/archive/2011/08/should-the-un-send-peacekeepers-to-libya/244170>, Stand: 20.2.2020.
- ¹² Official Journal of the European Union: COUNCIL DECISION 2011/210/CFSP of 1 April 2011 on a European Union military operation in support of humanitarian assistance operations in response to the crisis situation in Libya (EUFOR Libya), L 89/17, 5.4.2011, <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:089:0017:0020:EN:PDF>, Stand: 3.2.2020.
- ¹³ VN-Dok. S/RES/2009 (2011), 16.11.2011.